

Verwaltung

Frau Dr. Anne Bunte
Herr Johannes Feyrer
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Stephan Neuhoff
Frau Johanna Preßmar-Cuber
Herr Bernd Rosenberger
Frau Dr. Iris Scholl
Herr Jörg Simon
Herr Klaus-Peter Völlmecke

Schriftführerin

Frau Evelyne Jeske

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Brunelli GOL

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Robert Gaida auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach begrüßt die Anwesenden zur 21. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt die Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 2.2 - Schutz von Kindern von jugendamtsbekannten Eltern in Substitutionstherapie - zusammen mit TOP B - Vortrag zur Kooperationsvereinbarung zwischen der Suchtkrankenhilfe und der Jugendhilfe zur Zusammenarbeit mit drogenabhängigen und substituierten Eltern - zu behandeln.

Der Gesundheitsausschuss ist mit der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung sowie mit dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Vorstellung des Siegerentwurfes des Architekten-Wettbewerbs "Neubau Feuerwehr-Zentrum Kalk"

B. Vortrag zur Kooperationsvereinbarung zwischen der Suchtkrankenhilfe und der Jugendhilfe zur Zusammenarbeit mit drogenabhängigen und substituierten Eltern
zusammen mit TOP 2.2

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Fachtagung "So kann man doch nicht leben! Vermüllt und verwaorlost"
hier: Zusammenfassung der Fachtagung
1726/2012

2.2 Schutz von Kindern von jugendamtsbekannten Eltern in Substitutionstherapie
2025/2012
zusammen mit TOP B

2.3 Beantwortung der Anfrage zum Toilettenkonzept aus der Sitzung vom
08.05.2012
2130/2012

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Winterhilfe 2012 für Kölner Wohnungslose - Anfrage der FDP-Fraktion vom
24.04.2012
AN/0581/2012

3.1.1 Winterhilfe 2011/2012 für Kölner Wohnungslose
1612/2012

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes, Ergänzende Mitteilung zu der Ratsvorlage 0270/2012
1125/2012
- 6.1.1 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am Eifeltor"
1477/2012
- 6.2 Kampagne "Keine Kurzen für Kurze - gemeinsam gegen die Abgabe von Alkohol an Kinder und Jugendliche" - Karneval 2012
1570/2012
- 6.3 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich
Hier: Sachstand zum 31.05.2012
1992/2012
- 6.4 Kooperation mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV)
Jugendprojekt zur Wertschätzung von Lebensmitteln 'Schad dröm'
2183/2012
- 6.5 Sachstand bei den Baumaßnahmen von 37
2189/2012
- 6.6 Anfrage der CDU-Fraktion aus Sitzung vom 26.04.2012 (TOP 10.2.1) bez. Mängel in der gesundheitlichen Versorgung wegen fehlender Krankenversicherung (AN/0596/2012)
2203/2012

7 Mündliche Anfragen

7.1 Gesundheitliche Versorgung in Köln

7.2 Palliativ- und Hospizversorgung in Köln

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Beschlussvorlagen

12 Mitteilungen

13 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Vorstellung des Siegerentwurfes des Architekten-Wettbewerbs "Neubau Feuerwehr-Zentrum Kalk"

Herr Feyrer von der Berufsfeuerwehr Köln stellt den Siegerentwurf des Architekten-Wettbewerbs „Neubau des Feuerwehr-Zentrums Kalk“ anhand von Plänen und eines Modells vor.

Die sich daran anschließenden Fragen von RM Frau Schmerbach, RM Herrn Peil und RM Herrn Dr. Strahl zu den Punkten Passivhausstandard und Zeitplan werden von Herrn Feyrer beantwortet. In der Diskussion wird deutlich, dass es den Ausschussmitgliedern wichtig ist, dass das Projekt mit den veranschlagten Haushaltsmitteln umgesetzt werde.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die informative Darstellung.

B. Vortrag zur Kooperationsvereinbarung zwischen der Suchtkrankenhilfe und der Jugendhilfe zur Zusammenarbeit mit drogenabhängigen und substituierten Eltern

zusammen mit TOP 2.2

Frau Dr. Scholl vom Gesundheitsamt stellt mit Unterstützung von Herrn Völlmecke vom Amt für Kinder, Jugend und Familie dem Gesundheitsausschuss die Kooperationsvereinbarung zwischen der Suchtkrankenhilfe und der Jugendhilfe zur Zusammenarbeit mit drogenabhängigen und substituierten Eltern im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (*Anlage 1*) vor. Im Anschluss werden die Fragen von RM Herrn Peil, RM Frau Gärtner, SB Frau Houben und SE Herrn Steffens beantwortet.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bedankt sich für die interessanten Ausführungen und bittet, die Kooperationsvereinbarung (*Anlage 2*) der Niederschrift beizufügen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Fachtagung "So kann man doch nicht leben! Vermüllt und verwaorlost" hier: Zusammenfassung der Fachtagung 1726/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Darstellung.

**2.2 Schutz von Kindern von jugendamtsbekannten Eltern in Substitutions-
therapie
2025/2012**

zusammen mit TOP B

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.3 Beantwortung der Anfrage zum Toilettenkonzept aus der Sitzung vom
08.05.2012
2130/2012**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach ist verärgert über die Stellungnahme der Verwaltung und wertet diese als Missachtung gegenüber der Kölner Bevölkerung und der Politik. Sie bittet, dass zur nächsten Ausschusssitzung am 11.09.2012 ein Sachstandsbericht von einer Vertreterin oder einem Vertreter des zuständigen Amtes vorgetragen werde.

Herr Stadtdirektor Kahlen informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Finanzausschuss am Vortag die Verwaltung beauftragt habe, ein Maßnahmenkonzept zu erstellen und dieses dem zuständigen Ausschuss vorzulegen. Nachrichtlich könnte dann der Gesundheitsausschuss in der Sitzung am 11.09.2012 informiert werden.

Die Ausschussvorsitzende zweifelt die Federführung des Fachausschusses nicht an, will aber trotzdem im nächsten Gesundheitsausschuss einen Bericht erhalten. Sie bemängelt, dass die Verwaltung nach erfolgter Beschlussfassung im Rat nicht den Kontakt mit Einzelhandels- und Gastronomiebetrieben oder Beschäftigungsgesellschaften aufgenommen habe. Vielmehr werde der Abschluss des neuen Werbenutzungsvertrages zum 01.01.2015 abgewartet.

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet die Verwaltung von der Berichtspflicht zu entlasten und zunächst die Vorlage für den Ausschuss Umwelt und Grün abzuwarten.

Die Ausschussmitglieder RM Herr Peil und RM Herr Dr. Strahl halten die bisherige Vorgehensweise ebenfalls für nicht akzeptabel.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach unterstreicht abschließend die Bitte, in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses einen Sachstandsbericht von einer Vertreterin bzw. einem Vertreter des Fachamtes zu erhalten.

**3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirks-
vertretungen**

**3.1 Winterhilfe 2012 für Kölner Wohnungslose Anfrage der FDP-Fraktion
vom 24.04.2012
AN/0581/2012**

3.1.1 Winterhilfe 2011/2012 für Kölner Wohnungslose 1612/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

SB Frau Houben bedankt sich für die ausführliche Darstellung und lobt das Engagement der Beteiligten. Trotzdem sei es ihr ein Anliegen, dass auch an Samstagen und Sonntagen eine Regelung erfolge.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

5 Beschlussvorlagen

Keine

6 Mitteilungen

6.1 Sperrbezirke im Kölner Süden, Verlängerung des temporären Sperrbezirkes, Ergänzende Mitteilung zu der Ratsvorlage 0270/2012 1125/2012

6.1.1 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am Eifeltor" 1477/2012

Frau Dr. Bunte, Leiterin des Gesundheitsamtes, erläutert, dass das „rapid assessment“ Ende des letzten Jahres stattgefunden habe. Bei dem vorgelegten Bericht seien von Interviewpartnern aus der Verwaltung Änderungen angeregt worden.

Die Verwaltung sieht vor, in der Sitzung des Sozialausschusses am 30.08.2012 den Bericht von Frau Steffan vom Institut SPI-Forschung (Sozialpädagogisches Institut), Berlin, erläutern zu lassen. **Zu diesem Tagesordnungspunkt sollen dann auch die Mitglieder des Gesundheitsausschusses hinzukommen.**

RM Herr Paetzold bemerkt, dass er erwartet habe, den Bericht früher zu erhalten, da er für Juni 2012 angekündigt war. Er würde die Ausführungen gerne vor dem Vortrag von Frau Steffan lesen.

Frau Dr. Bunte sichert zu, dass nach Prüfung der einzelnen Stellungnahmen und ggfs. Überarbeitung im Bericht die Endfassung so schnell wie möglich (spätestens im Juli 2012) den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werde.

6.2 Kampagne "Keine Kurzen für Kurze - gemeinsam gegen die Abgabe von Alkohol an Kinder und Jugendliche" - Karneval 2012 1570/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil bezieht sich auf die folgenden Aussagen in der Mitteilung:

„In Kölner Krankenhäuser wurden über 300 Kinder und Jugendliche zwischen 11 und 18 Jahren wegen der Diagnose Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol stationär behandelt.“

„Die Schätzzahl der Kinder und Jugendliche (bis 18 Jahre), die in Köln wegen einer Alkoholvergiftung stationär und ambulant in Krankenhäuser behandelt werden, liegt jährlich bei 800.“

Herr Peil möchte dazu von der Verwaltung wissen, ob diese Indikatoren dazu führen, dass der Sozialpsychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes oder das Jugendamt überprüfen, ob weitere Maßnahmen notwendig seien. Hinderungsgründe könnten datenschutzrechtliche Argumente sein, weil eventuell die Entbindung von der Schweigepflicht nicht vorlege oder nicht angefragt wurde.

Frau Dr. Bunte teilt mit, dass beim Projekt „HALT“ in der Kinderklinik Amsterdamer Straße alle Daten unter die ärztliche Schweigepflicht fallen. Das bedeute, auch dort sei die Einschaltung entsprechender Freier Träger, die sozialarbeiterisch tätig werden, nur mit Einverständnis der Eltern möglich. Diese Daten werden dem Gesundheitsamt nicht individuell übermittelt und gehören auch nicht zu den Aufgaben, die sie als Gesundheitsamtsleiterin in irgendeiner Form rechtlich begründen könne. Das Gesundheitsamt habe hier eine Vermittlungsfunktion.

Im Hinblick auf die Jugendhilfe werde die Frage an das Jugendamt weitergeleitet.

Für SE Herrn Dr. Zastrow stellt sich die Frage, wie den mehrfach alkoholauffälligen Jugendlichen trotz Datenschutz geholfen werden könne. Eine Möglichkeit sehe er bei den Krankenkassen, da dort die Daten zusammenfließen.

SB Frau Houben hält die Anregung, über die Kostenträger an Datenmaterial zu kommen, für hilfreich. Sie fragt die Verwaltung, ob es im Rahmen der Kampagne „Jugendenschutz aktiv“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend möglich wäre, Gelder zu erhalten, um damit in Köln weitere Aktionen durchführen zu können.

Frau Dr. Bunte merkt an, dass die Mitteilung vom Amt für Jugend und Familie gefertigt wurde und sie nur bedingt antworten könne. Sie wisse aber aus Vorhaben, bei denen das Gesundheitsamt eingebunden war, dass die Krankenkassen ihre Bereitschaft signalisiert haben zum Beispiel im Projekt „HALT“ auch weiterhin sozialarbeiterische Tätigkeiten mit zu finanzieren, wenn Kinder wegen einer massiven Alkoholintoxikation stationär aufgenommen werden und diese Gelegenheit zur Intervention genutzt wird.

Weitere finanzielle Unterstützungen stehen dafür nicht zur Verfügung.

RM Herr Peil geht nicht davon aus, dass alle der 300 bzw. 800 betroffenen Kinder und Jugendliche der Jugendhilfe bedürfen. Aber es sei ein Indikator. Ratsam sei es, wenn die Eltern die Schweigeverpflichtung aufheben, damit angemessene Hilfen angeboten werden können.

Er hält es für hilfreich, wenn in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendamtes derartige Fragen beantworten könnte.

SE Frau Röhrig interessiert, ob es möglich sei, im Schulunterricht entsprechende Aufklärungen einzubauen.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach hält es für angebracht, im Karneval in den Bezirken dezentrale Veranstaltungen anzubieten. Leider sei die Großveranstaltung auf dem Neumarkt aus Kostengründen eingestellt worden. Sie möchte wissen, ob in der Runde der Bezirksjugendpfleger über diese Situation diskutiert werde und ob dezentrale Angebote gestaltet werden könnten.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

6.3 PFT im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Merschenich
Hier: Sachstand zum 31.05.2012
1992/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil bedankt sich für die Stellungnahme der Verwaltung.

RM Frau Schmerbach möchte zum Hinweis der Verwaltung, dass die Quelle der Verschmutzung und der Verursacher ermittelt werden konnten, wissen, wie das Strafmaß für diesen aussehe.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

RM Herr Dr. Strahl bittet die Verwaltung zum Vorfall bei der Shell um Mitteilung, ob auch Regionen außerhalb der Stadt Köln betroffen waren. Da längere Zeit eine ziemliche Menge Kerosin in den Boden versickert sei, interessiere ihn auch, ob es prophylaktische Maßnahmen gebe, um derartige Auswirkungen zu verhindern.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass bei diesem Problem die Bezirksregierung Köln zuständig sei.

6.4 Kooperation mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV)
Jugendprojekt zur Wertschätzung von Lebensmitteln 'Schad dröm'
2183/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach bittet die Verwaltung, dem Gesundheitsausschuss über die im Juni 2012 stattfindende Veranstaltung einen Bericht vorzulegen. Außerdem möchte sie wissen, welche Maßnahmen für die Elternarbeit vorgesehen seien.

Die Verwaltung sagt eine Erledigung zu.

6.5 Sachstand bei den Baumaßnahmen von 37 2189/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 3*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Peil bittet die Verwaltung, den Tagesordnungspunkt in die *nächste Sitzung zu schieben*, da die Tischvorlage nicht umfassend gelesen werden konnte.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

6.6 Anfrage der CDU-Fraktion aus Sitzung vom 26.04.2012 (TOP 10.2.1) bez. Mängel in der gesundheitlichen Versorgung wegen fehlender Kranken- versicherung (AN/0596/2012) 2203/2012

Der Gesundheitsausschuss nimmt die als Tischvorlage (*Anlage 4*) umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Gärtner dankt der Verwaltung, dass die Stellungnahme auch dem Gesundheitsausschuss vorgelegt wurde.

SB Frau Houben bittet, den Tagesordnungspunkt in die *nächste Sitzung zu schieben*, damit alle sich mit der Thematik eingehender beschäftigen können.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

6.7 Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg

Herr Stadtdirektor Kahlen fragt die Ausschussvorsitzende, ob er dem Ausschuss eine mündliche Mitteilung zur Kenntnis geben könne.

RM Frau Schmerbach stimmt dieser Bitte zu.

Herr Stadtdirektor Kahlen informiert die Ausschussmitglieder über einen Aufruf im Internet von „Kalkberg.org“, am Sonntag den 24. Juni 2012 an einem Sommerfest auf dem Kalkberg teilzunehmen. Die Anwälte der jetzigen Eigentümerin des Geländes GSE haben die Veranstalter angeschrieben und das Betreten des Geländes verboten. Außerdem solle die ohne Genehmigung errichtete Stahlkonstruktion bis zum 20. Juni 2012, 18:00 Uhr, auf dem Kalkberg entfernt werden.

Im Verlauf einer kurzen Diskussion gibt Herr Stadtdirektor Kahlen einen Überblick über den derzeitigen Sachstand zur Hubschrauberbetriebsstation unter Berücksichtigung der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Gesundheitliche Versorgung in Köln

SE Dr. Zastrow weist auf einen Artikel im Kölner Stadtanzeiger am 18.Juni 2012 - „Ärzte flüchten aus Problem-Stadtteilen“ - hin und erklärt, dass leider der Redakteur des Berichtes zu dieser Problematik die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein nicht befragt habe. Daher sei die Situation sehr einseitig dargestellt worden.

Er fragt an, ob es möglich sei, dass in einer der nächsten Sitzungen ein Vortrag zur „Gesundheitlichen Versorgung in Köln“ aus Sicht der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Kreisstelle Köln, gehalten werden könne.

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach und SB Frau Barion halten dies für eine sinnvolle Anregung. Frau Schmerbach regt an, zu dieser Darstellung auch die Krankenkassen einzuladen.

7.2 Palliativ- und Hospizversorgung in Köln

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Schmerbach fragt die Verwaltung, wie sich die Palliativ- und Hospizversorgung in Köln darstelle und bittet, in einer der nächsten Sitzungen die Ausschussmitglieder zu informieren.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.